



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Zahl der Baugenehmigungen sinkt – Kipppunkt erreicht Bedarf weiter riesig – Deregulierung und Förderung nötig für Klima- und Neubauziele**

**Berlin, 18.01.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen blickt besorgt auf die sinkenden Baugenehmigungszahlen. Genehmigt wurden von Januar bis November 2022 nur 276.474 Wohnungen, laut Statistischen Bundesamt. Das waren 5,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Dabei ging die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um 15,9 % zurück. Bei den Zweifamilienhäusern sank die Zahl genehmigter Wohnungen um 10,1 %. „Der Rückgang war abzusehen, wir haben zuletzt im Dezember vor dieser Entwicklung gewarnt. Die erteilten Baugenehmigungen werden nicht zu mehr Bautätigkeit führen, unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist der Wohnungsneubau vollkommen unwirtschaftlich“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Genehmigt heißt eben nicht gebaut. Wir befinden uns erst am Beginn einer rasanten Talfahrt. Die erteilte Baugenehmigung ist der Blick in die Vergangenheit, die Anträge wurden viele Monate zuvor gestellt, weit vor der jetzigen Krise. Unsere aktuelle Umfrage unter den BFW-Mitgliedsunternehmen hat gezeigt: Die Projekte liegen alle auf Eis. Es werden keine Anträge mehr gestellt, weil niemand mehr bauen kann. Es rechnet sich schlicht nicht, der Kipppunkt ist erreicht. Auch bei den Mehrfamilienhäusern werden die Zahlen dramatisch sinken“, so der BFW-Präsident.

„Die erteilte Baugenehmigung ist nur die Option bauen zu dürfen und damit nur noch eine Wette auf die Zukunft. Die Anforderungen müssen runter, brauchen einen Realitäts-Check“, erklärte Dirk Salewski.

„Wir brauchen jedes Jahr mehr bezahlbaren Wohnraum. Der Bedarf ist riesig und wird auch unter den günstigsten Umständen nur sehr schwer zu decken sein. Wir erleben trotzdem weiter, dass Anforderungen gestellt werden, die Neubau schlicht verhindern“, sagte Salewski.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.